

Von den Mühen der Ebene – Kölner Abrüstungsaktivitäten in den 1970er Jahren*

Von Guido Grünewald**

In Anknüpfung an die Ostermarschbewegung (später Kampagne für Demokratie und Abrüstung) forderten wir, die in pazifistischen Organisationen wie Deutsche Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner (DFG-IdK) und Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK) aktiv waren, seit Beginn der 1970er Jahre substantielle Abrüstungsschritte. Meine erste öffentliche Rede hielt ich im Rahmen der Kampagne für Abrüstung, Sicherheit und Internationale Solidarität am 01. Februar 1972 bei einem TEACH-IN in einem Hörsaal der Kölner Universität. Da ich hohes Lampenfieber hatte, war sie für die Zuhörer sicher kein Vergnügen. Bei aller Kritik an der Rüstungspolitik unterstützten wir die neue Ostpolitik, die CDU und CSU unbedingt zu stoppen versuchten. Die Verteidigung und Ausweitung des Grundrechts auf Kriegsdienstverweigerung stand für uns damals allerdings klar im Vordergrund.

Außerdem rückten die Themen Abrüstung und Frieden nach dem gewonnenen Misstrauensvotum der Regierung Brandt auch für politisch aktive und interessierte Menschen in den Hintergrund. Bundespräsident Gustav Heinemann („Der Friede ist der Ernstfall“) hatte den Anstoß zum Aufbau und zur Förderung der Friedensforschung gegeben; es fanden Verhandlungen über die Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), begleitende Gespräche über konventionelle Abrüstung in Europa (MBFR) und Verhandlungen über die Verringerung der strategischen Atomwaffen zwischen den USA und der Sowjetunion (SALT) statt. All das schien darauf hinzuweisen, dass die Thematik bei den Regierungen und Diplomaten gut aufgehoben war. Mit der Ölkrise 1973 (autofreie Sonntage; anschließend Wirtschaftsrezession mit zeitweise 2,5 Mio. Arbeitslosen) und einem aufkommenden ökologischen Krisenbewusstsein (Bericht „Grenzen des Wachstums“ des Club of Rome 1972) absorbierten andere Probleme Aufmerksamkeit. Als Bedrohung wurde von einer wachsenden Minderheit ab Mitte der 1970er Jahre der Bau von Atomkraftwerken empfunden, während die Atomwaffen und die von ihnen ausgehenden Gefahren weitgehend unsichtbar und damit unbeachtet blieben.

Nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte am 01.08.1975 in Helsinki geriet die Entspannungspolitik allerdings bald in eine tiefe Krise. Das Vertrauen in Rüstungskontrolle und Diplomatie ließ nach, zumal bei der Abrüstung keinerlei Fortschritte zu verzeichnen waren. 1977/78 sorgten US-Pläne zum Bau einer Neutronenbombe, deren Stationierung in Deutschland der Bundessicherheitsrat befürwortete, erstmals wieder für eine kontroverse Diskussion. Sie wurde zwar hauptsächlich unter Fachleuten ausgetragen, erfuhr durch Egon Bahr („Perversion des Denkens“) aber eine moralische Zuspitzung. US-Sicherheitsberater Brzezinski sprach im Herbst 1977 von der Möglichkeit eines auf Europa begrenzten Atomkriegs. Er formulierte damit eine Variante US-amerikanischer Kriegsszenarien, die in den frühen 1980er Jahren unter US-Präsident Reagan und in der Debatte um den NATO-Raketenbeschluss eine große Rolle spielen sollten.

Ab Mitte der 1970er Jahre fanden die Kritik am Wettrüsten und die Forderung nach Abrüstung allmählich mehr Resonanz. Im Dezember 1974 wurde in Köln das

bundesweit agierende Komitee für Frieden, Zusammenarbeit und Abrüstung (KOFAZ) gegründet. Pfingsten 1974 fand erstmals das (anschließend jährliche) „Festival der Friedensdienste“ statt; von Minden breitete sich das Projekt der Friedenswochen langsam auf andere Orte aus. In Basisgruppen der Evangelischen Kirche nahm die Kritik an der Hochrüstung und (beeinflusst durch die V. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen Ende 1975 in Nairobi) eine Orientierung an Gewaltfreiheit zu; es entstanden die Organisationen „Christen für die Abrüstung“ (1976) und „Ohne Rüstung Leben“ (1978). In den Regierungsparteien, vor allem unter aktiven Gewerkschaftern und Sozialdemokraten, zeigte eine wachsende Minderheit ihren Unmut über die trotz Haushaltsproblemen anhaltend hohen Rüstungsausgaben. Das gilt besonders für die parteinahen Jugendorganisationen. Ich selbst habe Mitte der 1970er Jahre mit Unterstützung von Konrad Gilges und Wolfgang Uellenberg-van Dawen zunächst in der Kölner Gruppe, später auf Bundesebene wiederholt bei der Sozialistischen Jugend Deutschlands Die Falken über Themen und Positionen der Friedensbewegung referiert und pazifistische Impulse vermittelt.

Die Kölner Initiative für Abrüstung (Kifa) wurde am 19.02.1976 unter Beteiligung von 25 Organisationen gegründet mit der Absicht, in Köln „langfristig die Diskussion über die Notwendigkeit der Abrüstung in Ost und West zu führen.“ Die wichtigsten Forderungen zielten auf das Einfrieren und die schrittweise Verringerung des Rüstungshaushalts, einen konstruktiven Beitrag von Bundesregierung und NATO bei den MBFR-Verhandlungen über konventionelle Truppen in Europa sowie den Verzicht auf neue Rüstungsprojekte. Vor allem die Pläne zum Bau und zur Stationierung von Neutronenbomben wurden von der Kifa heftig bekämpft. Die Aktionsmethoden waren eher traditionell: Flugblattverteilung, Informationsstände, Diskussionsveranstaltungen. Ab September 1977 erschienen in unregelmäßigen Abständen die „Informationen der Kölner Initiative für Abrüstung“. Im Monat Mai organisierte die Kifa mehrere Jahre lang Abrüstungswochen; bei der Premiere 1976 wurden immerhin 35.000 Flugblätter verteilt, 6.000 Plakate geklebt und 11 Veranstaltungen angeboten. Eine originelle Idee steuerten Mitglieder der DFG-VK-Gruppe bei, die sich 1977/78 mit einem Bärenfell verkleideten und mit einem Flugblatt „Lassen Sie sich keinen Bären aufbinden!“ für Abrüstung warben. An den vom KOFAZ initiierten Demonstrationen (Mai 1976 Bonn, Mai 1977 Essen, Mai 1978 Bonn, September 1979 Bonn) nahmen jeweils mehrere Hundert Kölnerinnen und Kölner teil.

Regelmäßige Aktionstermine waren der 01. September (Antikriegstag) sowie die Erinnerung an die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki (Mahnwache am Dom), nachdem im März 1978 erstmals eine Delegation japanischer Überlebender (Hibakusha) in Köln über ihre Erfahrungen, ihr lebenslanges Leiden und die unbedingte Forderung nach Abschaffung aller Atomwaffen gesprochen hatte. Gemeinsam mit der Porzer Abrüstungsinitiative demonstrierte die Kifa am 03.09.1977 in Porz anlässlich des 60. Jahrestages der Hinrichtung der revolutionären Matrosen Albin Köbis und Max Reichspietsch (05.09.1917) für Frieden und Abrüstung in Ost und West. Beide Gruppen protestierten wenig später gegen eine Waffenschau der Bundeswehr, die unter dem Namen „Waffenmix“ vom 29.09.-02.10.1977 in der Wahner Heide stattfand. Die Resonanz war gemischt: Feldjäger behinderten die Flugblattverteilung, nahmen die Personalien mehrerer Demonstranten auf und verhafteten eine Aktivistin; auch Teile der Besucher reagierten aggressiv. Positiv werteten die Veranstalter, die Presse habe „von uns

Kenntnis nehmen müssen“ und man habe „Anstöße zur Reaktion und zur Auseinandersetzung gegeben und damit wachgerüttelt“. In der Alten Uni-Mensa zeigte die Kifa im November 1977 in Zusammenarbeit mit dem Allgemeinen Studentenausschuss die Ausstellung „Menschen brauchen Frieden“, zu der 40 Künstlerinnen und Künstler einen Beitrag leisteten.

1977 war für die Kifa ein sehr aktives Jahr. Ein Höhepunkt war die Internationale Abrüstungsstafette, die am 14. Mai in Köln Station machte. Die Stafette, die von pazifistischen und Friedensorganisationen aus 10 Ländern (in Deutschland von der DFG-VK) getragen wurde, forderte atomare und konventionelle Abrüstung, die Verringerung der Rüstungshaushalte und das Verbot von Rüstungsexporten. Ihr Weg führte von Helsinki (Ort der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte) nach Belgrad, wo im Juni ein KSZE-Folgetreffen begann. In Köln fand nachmittags eine Kundgebung auf der Domplatte mit anschließender Fahrraddemonstration statt. Zur Abendveranstaltung in der Gesamtschule Zollstock unter Beteiligung prominenter Kölner Künstler (u.a. die Bläck Fööss) kamen ca. 1.000 Besucher, die sich besonders von dem Bericht eines japanischen Mönches über die Zerstörung von Hiroshima und die Folgen beeindruckt zeigten. Weitere internationale Aktivitäten fanden 1978 statt: Aus Köln fuhren mehrere Busse zur Internationalen Demonstration gegen die Neutronenbombe am 19. März in Amsterdam. Kurz zuvor waren sechs Menschen aus der Kölner DFG-VK-Gruppe mit einem internationalen Sonderzug nach Genf gereist. Dort fand vom 26.02. bis zum 01.03. eine internationale Abrüstungskonferenz der nichtstaatlichen Organisationen bei den Vereinten Nationen statt, auf der Forderungen der Zivilgesellschaft an die Erste Sondervollversammlung der UNO zur Abrüstung (Juni 1978 in New York) diskutiert wurden. Unser Nachtquartier fanden wir ironischerweise in einem Zivilschutzbunker.

Getragen wurden die Aktivitäten der Kifa vor allem von DFG-VK, DKP, MSB Spartakus, VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes), Jugendclub Courage, SHB (Sozialistischer Hochschulbund) und DFU (Deutsche Friedensunion). Organisationen wie Arbeiterfotografie, Versöhnungsbund, Deutscher Freidenkerverband, Selbstorganisation der Zivildienstleistenden, Katholische Studierende Jugend, Jungdemokraten und die studentischen Vertreter diverser Hochschulen (Asta) waren zeitweise aktiv. Die Jungsozialisten konnten nur eine kurze Zeit mitarbeiten. Die SPD-Führung bezeichnete das KOFAZ als „kommunistisch unterwandert“ und verbot Parteimitgliedern die Mitarbeit. Kölner Sozialdemokraten demonstrierten darauf im Frühjahr 1977 mit Kapuzen verhüllt auf der Schildergasse „für die Sache der Abrüstung in West und Ost“; etwa 30 von Ihnen fuhren trotz Verbot zur KOFAZ-Demonstration nach Essen mit. Zahlenmäßig dominierte die DKP mit den ihr nahestehenden Organisationen die Kifa. Inhaltlich beachtete die Initiative jedoch strikt die Leitlinie, die in der ersten Ausgabe der Informationen der Kölner Initiative für Abrüstung folgendermaßen formuliert wurde: „Wir nehmen die Sicherheitsbedürfnisse beider Seiten gleich ernst und treten deshalb ein für ein Ende des Wettrüstens, für eine Politik der schrittweisen Abrüstung in Ost und West nach dem Prinzip gleicher Sicherheit“. Diese Position bildete eine Art Minimalkonsens, auf dessen Grundlage die Aktivitäten stattfanden. Kontroverse inhaltliche Diskussionen fanden in der Kifa nicht statt; die staatlich dominierte Rüstungskontrollpolitik wurde nicht hinterfragt. Das war in der Kölner DFG-VK anders, obwohl auch dort Kommunisten mitarbeiteten; die DFG-VK als Gesamtorganisation wurde seit 1974 in den Verfassungsschutzberichten als „kommunistisch beeinflusst“ indiziert. Tatsächlich spiegelten die Aktiven der Kölner

Gruppe ein breites Spektrum politischer Positionen (radikaldemokratische, linksliberale, sozialdemokratische, linkssozialistische, anarchopazifistische) wider. Auf den Aktiventreffen wurde 1977/78 beispielsweise über Themen wie Charta 77, Militärpolitik der sozialistischen Staaten oder einseitige Abrüstungsvorleistungen diskutiert. Die Gruppe unterstützte 1979 den IV. Internationalen Antimilitaristischen Marsch Brüssel-Warschau, der am 04. August in Köln Station machte und Ost wie West zu einseitigen Abrüstungsschritten aufforderte. Ich habe damals bei der Kundgebung auf der Domplatte die Marschteilnehmer in meiner Funktion als Bundesvorstandsmitglied willkommen geheißen, befand mich damit aber auf Bundesebene in einer Minderheitsposition.

Größere Resonanz in der Öffentlichkeit konnten Friedensgruppen mit der Forderung nach Abrüstung während der 1970er Jahre weder in Köln noch an anderen Orten gewinnen. Die nüchterne Einschätzung eines führenden Kifa-Aktivisten vom Sommer 1977 traf weitgehend auch Ende des Jahrzehnts noch zu: Wir müssen „realistisch vermerken, dass die übergroße Mehrheit der Bevölkerung von diesem Thema nicht angesprochen ist oder nur vage und verzerrte Vorstellungen über die Abrüstungsproblematik hat“. Mit kontinuierlichen und mühsamen Basisaktivitäten gelang es jedoch immerhin, eine Minderheit, die infolge der Diskussion um die Neutronenbombe langsam wuchs, zu interessieren und ihr Informationen und Analysen zugänglich zu machen, die das Feindbild des aggressiven und militärisch überlegenen Ostens aufweichten und Alternativen zur vorherrschenden Rüstungspolitik aufzeigten. Eine große Rolle spielten dabei die Erkenntnisse einer sich damals als kritisch verstehenden Friedensforschung, die über eine friedenspädagogische Aufarbeitung in die politische Bildung hineingetragen wurden. Ich selbst habe in den 1970er Jahren die Diskussionen und Studien der Friedensforschung begierig rezipiert und versucht, sie in Kursen an der Kölner Volkshochschule an interessierte Menschen zu vermitteln, beispielsweise im 2. Semester 1974 in einem Seminar über 13 Abende mit der Thematik „Friedensforschung und Gewaltproblematik“. Ab Herbst 1977 musste ich auf Druck konservativer Kreise in der Kölner CDU meine VHS-Tätigkeit für mehrere Semester unterbrechen; Friedensthemen konnte ich erst wieder in den 1980er Jahren behandeln.

Einige Politikwissenschaftler und Soziologen, die die großen Friedensaktivitäten der frühen 1980er Jahre untersucht haben, bezeichnen diese als „neue Friedensbewegung“, die mit den Basisaktivitäten der 1970er Jahre in keinem Zusammenhang ständen. Ich sehe das anders. Zum einen habe ich eine Reihe von Teilnehmern meiner VHS-Kurse bei den Friedensdemonstrationen Anfang der 1980er Jahre wiedergetroffen. Zum anderen waren sowohl in Köln wie auch auf Bundesebene etablierte Organisationen wie DFG-VK, Kifa, KOFAZ, christliche Organisationen usw. vor allem in der Anfangsphase der „neuen Friedensbewegung“ wichtige Anlaufpunkte für die Mobilisierung und Verbreiterung der Bewegung. Innerhalb der Organisationen waren es einzelne Personen, die auch in frustrierenden Zeiten geringer Aktivität präsent blieben und so das Organisationsleben aufrecht erhielten; ich nenne beispielhaft Roland Kurtz, Karl-Ernst Gruhl, Elfi Thurow, Ferdi Hülser, Sigurd Asper und Rolly Brings. Ohne Ferdi Hülser's Startdarlehen hätte die Kifa beispielsweise 1976 ihre Aktivitäten überhaupt nicht beginnen können. Dass Menschen aus Friedensgruppen ebenso wie ich selbst in den 1970er Jahren Erkenntnisse der Friedensforschung aufgriffen und wir auf dieser Grundlage zu Beginn der 1980er Jahre als „Gegenexperten“ die von Bundesregierung und NATO

behauptete Notwendigkeit einer „Nachrüstung“ kompetent und sachkundig bestreiten konnten, deutet ebenfalls darauf hin, dass die breite Friedensbewegung der Jahre 1981-83 sehr wohl Wurzeln in den Basisaktivitäten der 1970er Jahre hatte.

*Zitate sowie Angaben zu konkreten Aktionen sind den Unterlagen der DFG-VK und der Kifa entnommen, die mir zu einem großen Teil freundlicherweise von Elfi Thurow zur Verfügung gestellt wurden.

** Eine gekürzte Fassung ist erschienen in Reiner Schmidt/Anne Schultz/Pui von Schwind (Hrsg.), Die Stadt, das Land, die Welt verändern! Die 70er/80er Jahre in Köln – alternativ, links,, radikal, autonom, Köln 2014, S. 439-443